H:\ZENTRAL\WIN

Der Kreistag
des Landkreises Teltow-Fläming

Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 20. öffentliche / nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am 03.05.2016 im Feuerwehrtechnisches Zentrum Teltow-Fläming, Berkenbrücker Chaussee, 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Winand Jansen
Herr Detlev von der Heide
Herr Jörg Niendorf
Herr René Haase
Herr Olaf Manthey
Frau Dr. Irene Pacholik
Herr Hartmut Rex
Herr Michael Wolny
Herr Erich Ertl

Sachkundige Einwohner

Herr Christian Heller
Herr Peter Wetzel

Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin
Herr Detlef Gärtner, Beigeordneter und Leiter des Dezernates IV
Frau Dr. Silke Neuling, Leiterin des Dezernates III
Herr Ralf Neumann, Kreisentwicklungsamt, Amtsleiter
Herr Norbert Jurtzik, Untere Bauaufsicht- und Denkmalschutzbehörde, Amtsleiter
Frau Ilka Leistner, Bauamt, Sachgebietsleiterin
Herr Günter Dübe, Ordnungsamt, Amtsleiter
Herr Tino Gausche, Ordnungsamt, Sachbearbeiter
Frau Nicole Brettschneider, Bürgerberatungszentrum (BBZ), Sachbearbeiterin
Frau Michaela Teubner, Kreisentwicklungsamt, Schriftführerin

Entschuldigt fehlten:

Sachkundige Einwohner

Herr Klaus Wigandt

Beginn der Sitzung: 17:15 Uhr
Ende der Sitzung: 18:15 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 5. April 2016

3 Einwohnerfragestunde

4 Mitteilungen der Verwaltung

5 Anfragen der Ausschussmitglieder

6 Museumsdorf Glashütte - Sachstand zur "Alten Hütte" (Bericht der Verwaltung)

7 Auswirkungen des Bundesverkehrswegeplanes 2030 auf den Landkreis Teltow-Fläming (Bericht der Verwaltung)

8 Flughafen BER - aktuelle Informationen

9 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

10 Arbeiten am denkmalgeschützten Gebäude "altes Bettenhaus", ehemals Krankenhaus Zossen (Bericht der Verwaltung)

11 Bauvorhaben auf dem Grundstück des ehemaligen Baustoffhandels in Niedergörsdorf, Bahnhofstraße 3 (Bericht der Verwaltung)

Öffentlicher Teil

TOP 1
Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Jansen begrüßt die Anwesenden und bedankt sich bei Herrn Dübe und Herrn Gausche für die Informationen und Besichtigung des Feuerwehrtechnischen Zentrums Teltow-Fläming, die vor der Ausschusssitzung stattgefunden hat.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Die Tagesordnungspunkte (TOP) 10 und 11 aus dem nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung werden vom Vorsitzenden im Benehmen mit der Landrätin von der Tagesordnung genommen.

Zur geänderten Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 2
Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 5. April 2016

Einwendungen gegen die Niederschrift vom 5.4.2016 liegen nicht vor. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

TOP 3
Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 4
Mitteilungen der Verwaltung

- Sperrung ABS Berlin – Dresden

Herr Gärtner berichtet über den Termin des Landkreises Teltow-Fläming am 22.4.2016 in Zossen mit der DB Netz AG und den Bürgermeistern der Stadt Zossen sowie Baruth/Mark. Die DB Netz AG informierte dort über die Fortführung der 1. Baustufe des ABS Berlin – Dresden. Ab August 2016 erfolgt von Wünsdorf in Richtung Süden bis Hohenleipisch eine Totalsperrung der Strecke ABS Berlin – Dresden bis Ende des Jahres 2017. Die DB Netz AG wird auf zwei Bürgerveranstaltungen die jeweiligen Kommunen entsprechend und umfassend informieren.

(Die Präsentation der DB Netz AG wird den Ausschussmitgliedern als Anlage zur Niederschrift beigefügt.)

- Multi-Energie-Kraftwerk Sperenberg

Zum Thema Multi-Energie-Kraftwerk Sperenberg (MEKS) berichtet Herr Gärtner, dass am 26.4.2016 ein Scoping-Termin stattfand, zudem die Kommunale Arbeitsgemeinschaft (KAG) zusammen mit den Investoren eingeladen hatte. Die Investoren erhofften sich zu dieser Veranstaltung bereits erste Anregungen und Hinweise seitens der Behörden. Es besteht noch bis zum 1.6.2016 die Möglichkeit, Anregungen und Hinweise in schriftlicher Form nachzureichen.

- Neubewertung der Radwegebedarfslisten an Bundes- und Landesstraßen

Des Weiteren informiert Herr Gärtner über einen Termin am 28.4.2016 beim Landesbetrieb Straßenwesen (LS) in Hoppegarten, zu dem alle Landkreise im Land Brandenburg eingeladen waren. Anlass der Veranstaltung ist die Fortschreibung der Radwegebedarfslisten an Bundesstraßen aus dem Jahr 2006. Der LS erläuterte auf der Veranstaltung den neuen methodischen Ansatz bei der Bedarfsermittlung. Dieser soll leichter verständlich und vermittelbarer sein und sich stärker an der personellen und finanziellen Ausstattung der Straßenbauverwaltung orientieren. Herr Gärtner begrüßt diese Veränderung, da bisher nur aufgrund einer Nutzen-Kosten-Untersuchung der Bedarf ermittelt wurde. Die Neubewertung für Bundesstraßen mit einem DTV ab 2.500 Kfz/24 h (2010) erfolgt u. a. anhand folgender Kriterien: Verbesserung der Stadt-Umland-Beziehung (Anbindung von Ortsteilen an Zentren), die Schulwegsicherung, Lückenschlüsse zur Unterstützung von Mobilitätsketten und Lückenschlüsse im Zusammenhang mit touristischen Radfernrouten. Die Neubaubedarfsliste gliedert sich in 3 x 5-Jahresprogramme (Laufzeit 2016 – 2030). Der Zeitraum von 2016 bis 2020 beinhaltet indisponible Maßnahmen, im Landkreis TF betrifft dies nur den Radweg an der B 96 zwischen Neuhof und Wünsdorf. Bei den Maßnahmen ab 2021 bis 2025, 2026 bis 2030 besteht die Möglichkeit, Änderungen vorzunehmen. Die den Landkreis TF betreffenden Maßnahmen sind dem beigefügten Entwurf der Radwegebedarfsliste an Bundesstraßen zu entnehmen (siehe Anlage).
Hinsichtlich der Landesstraßen wurden die Landkreise aufgefordert, ihren Bedarf dem Land mitzuteilen.

(Die Präsentation des LS steht den Ausschussmitgliedern über das Ratsinformationssystem zur Verfügung.)

Herr Jansen ergänzt, dass sich der Ausschuss mit dem Thema Radwege in der nächsten Sitzung auseinandersetzen wird. Wichtig sei, einen Gesamtüberblick über den Radwegebau zu erhalten. Daher möchte er nicht nur die Radwege an Bundesstraßen, sondern auch an Landes-, Kreisstraßen und Gemeindestraßen dargestellt bekommen. Außerdem interessiert, was die Gespräche mit den Bürgermeistern zum Radwegekonzept ergeben haben.

Auf die Nachfrage von **Herrn Heller**, warum der Radweg an der B 246 von Schönhagen nach Stangenhagen nicht angesprochen wurde, antwortet **Herr Gärtner**, weil sich dieser Radweg bereits im Bau befindet.

TOP 5
Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 6
Museumsdorf Glashütte - Sachstand zur "Alten Hütte"

Herr Jansen bittet Frau Leistner um ihren Bericht zum Sachstand der „Alten Hütte“ im Museumsdorf Glashütte.

Frau Leistner informiert, dass der Landkreis TF den Auftrag erteilt hat, einen statischen Nachweis durchzuführen. Dazu werden Aufmaßunterlagen vom Bestand erarbeitet, die die Grundlage für die statische Berechnung sein werden. Weiterhin wird ein Prüfstatiker beauftragt, der die Statik prüft und den für die Genehmigung erforderlichen Prüfbericht erstellt. Für die Eröffnungsveranstaltung des Kulturlandjahres des Landes Brandenburg am 20.5.2016 wurde ein Antrag auf Ausnahme vom Nutzungsverbot gestellt, welcher von der unteren Bauaufsichtsbehörde genehmigt wurde.

Frau Wehlan ergänzt, dass dieser Entscheidung einige Vor-Ort-Termine mit Vertretern der unteren Bauaufsichtsbehörde, des Bauamtes und dem Prüfstatiker vorausgegangen sind, um zu prüfen, inwieweit überhaupt eine Chance besteht, eine Ausnahme für die Nutzung zu erwirken und einem evtl. Vertragsbruch entgegenzuwirken.

Durch **Herrn Jurtzik** werden die Ausführungen bestätigt und das Verfahren noch einmal kurz dargestellt.

Herr Rex fragt nach, ob die Prüfstatik für die Folgeveranstaltungen schon vorliegen wird oder ob wieder eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden muss.

Darauf antwortet **Frau Leistner**, dass die Überprüfung der Statik beauftragt wurde und man die Ergebnisse des Prüfberichtes abwarten muss. Sie hofft, dass der Prüfbericht so schnell wie möglich vorliegt.

Herr Wolny erinnert an seine Anfrage aus der letzten Sitzung, ob nach Aktenlage ähnliche Vorgänge im Museumsdorf Glashütte bekannt sind bzw. ob dies geprüft wurde. Ihm ist das wichtig, weil hier öffentliche Gelder investiert werden.

Seine Anfrage ist nicht vergessen, antwortet **Frau Wehlan**. Die konkrete Aussage dazu wird in der nächsten Sitzung gegeben. Die Beauftragung der Prüfstatik und die Absicherung der Veranstaltung in der „Alten Hütte“ hatte jetzt oberste Priorität.

Was die statischen Probleme betrifft, gibt es kein weiteres vergleichbares Gebäude in Glashütte, informiert **Herr Jurtzik**. Es handelt sich hier hauptsächlich um kleinere Gebäude und nicht um ein Versammlungsgebäude wie die „Alten Hütte“. Die Aktenlage wird schwer darzulegen sein, da für diese Fachwerkhäuser seinerzeit eine Prüfstatik nicht üblich war.

Eine Überprüfung der Statik lässt sich flächendeckend auch schwer umsetzen, ergänzt **Herr Jansen**. Für alte Kirchen liegt auch selten eine Statik vor, die Baumeister von damals hatten dennoch ihre Erfahrung.

(Herr Ertl verlässt die Sitzung um 17:35 Uhr.)

TOP 7
Auswirkungen des Bundesverkehrswegeplanes 2030 auf den Landkreis Teltow-Fläming

Herr Jansen verweist zum TOP 7 auf die der Einladung beigefügten Übersicht.

Herr Rex äußert sein Unverständnis, warum im Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) die Maßnahme „B 96, OU Groß Machnow“ enthalten ist und die „OU Trebbin“ (Verbindungsspanne zwischen B 246 und B 101) nicht. Er erinnert daran, dass sich dieser Ausschuss seinerzeit vordringlich für die Maßnahme „OU Trebbin“ ausgesprochen hatte. Er fragt nach, ob dieser Standpunkt nicht weiter verfolgt wurde oder welche Gründe dem entgegenstehen.

Herr Gärtner antwortet darauf, dass sich der Kreistag sehr intensiv mit diesem Thema befasst und hierzu auch einen Beschluss gefasst hatte. Damals wurden, wie auch jetzt wieder, die Bundestagsabgeordneten angeschrieben und um Unterstützung gebeten, die ihren Wahlkreis im Landkreis Teltow-Fläming haben. Bei einem gemeinsamen Termin der Landrätin mit dem Bürgermeister Herrn Berger bei Herrn Minister Jörg Vogelsänger erklärte dieser seinerzeit, dass er nicht bereit sei, diese Maßnahme zu melden. Daraufhin wandte sich der Kreistag mit einer Petition an den Landtag, die geprüft und anschließend ablehnend beschieden wurde. Insofern vertritt das Land hierzu eine andere Auffassung als der Landkreis Teltow-Fläming, was im Ergebnis dazu führte, dass die „OU Trebbin“ nicht mehr Bestandteil des BVWP ist.

Zur Maßnahme „B 101, OU Kloster Zinna“ führt er aus, dass diese zwar im BVWP aufgeführt ist, aber leider nur unter „Weiterer Bedarf“, was den Bürgermeister der Gemeinde Niederer Fläming, Herrn Kaluza dazu bewogen hat, sich an den Landkreis zu wenden. Herr Gärtner berichtet hierzu weiter, dass er zum Nachbarlandkreis Elbe-Elster, Herrn Landrat Heinrich-Jaschinski Kontakt aufgenommen hat, weil auch dieser aufgrund des Bundeswehrstandortes in Holzdorf an einer zeitnahen Umsetzung der Maßnahme interessiert ist. Die Stellungnahmen des Landkreises Elbe-Elster und der Gemeinde Niederer Fläming liegen ihm vor. Auch der Landkreis Teltow-Fläming hat im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nochmals die Möglichkeit genutzt, Stellung zu nehmen.

(Die Stellungnahme des Landkreises Teltow-Fläming und die Schreiben an die Bundestagsabgeordneten sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

Zu der nicht mehr im BVWP übernommenen Maßnahme „OU Groß Machnow und Zossen, B 96“ äußert **Herr Jansen** sein Unverständnis, dass naturschutzrechtliche Belange eine höhere Priorität haben sollen, wie die Belastung der Bürger durch hohes Verkehrsaufkommen. Er bittet Herrn Gärtner, eine Verwaltungsvorlage vorzubereiten, in der die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Maßnahme dargelegt wird.

Herr Wolny möchte wissen, ob die Bedeutung der B 101 und B 96 für die Entwicklung des Landkreises Teltow-Fläming bei der Bewertung/Einstufung im BVWP eine Rolle spielt.

Herr Neumann erläutert, dass es Kriterien gibt, die zu einer Wertigkeit führen. Im Detail lässt sich das Bewertungsverfahren aber leider nicht nachvollziehen.

Herr Haase fragt nach, ob ein Bundestagsabgeordneter oder der Bund überhaupt das Recht hat, selbst Maßnahmen in den BVWP aufnehmen zu lassen. In der Regel meldet das Land an und der Bund entscheidet.

Darauf antwortet **Herr Gärtner**, dass der Bund zuständig ist für das Verfahren. Das Land handelt im Auftrag des Bundes. Aus seiner Sicht steht dem nichts entgegen, eine Maßnahme dazu nehmen zu können.

TOP 8
Flughafen BER - aktuelle Informationen

Frau Brettschneider berichtet, dass heute das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg über die Klage der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow entscheidet, ob der Einbau der Lüfter gegen eine DIN-Norm verstößt. Über das Ergebnis der Entscheidung will sie in der nächsten Ausschusssitzung berichten.

Des Weiteren teilt Frau Brettschneider mit, dass durch den Flughafen eine Schallschutzfibel herausgegeben werden soll, was in der kommenden Woche auch Thema in der AG 2 „Fluglärm“ des Dialogforums Airport Berlin Brandenburg sein wird.

Herr Jansen erkundigt sich, wieviel Antragsberechtigte noch keinen Antrag gestellt haben.

Frau Brettschneider antwortet darauf, dass im Tagschutzgebiet bereits 90 % und im Nachtschutzgebiet 65 % der Antragsberechtigten einen Antrag gestellt haben. Das liegt daran, dass der Nachtschutz nicht ganz so hoch wie der Tagschutz ist.

Frau Wehlan regt an, den ständigen TOP „Flughafen BER – aktuelle Informationen“ zukünftig in schriftlicher Form abzuarbeiten. Zum Beispiel könnte man sich über Fragen verständigen, die jeweils aktuell abgearbeitet werden. Sollte aufgrund einer aktuellen Situation eine Information darüber hinaus notwendig sein, könnte dies durch den Beigeordneten oder die Verwaltungsleitung in mündlicher Form erfolgen. Selbstverständlich haben die Ausschussmitglieder die Möglichkeit, Frau Brettschneider vielleicht alle 2 bis 3 Monate persönlich einzuladen, um das Thema umfassender zu erörtern.

Herr Jansen äußert dazu, dass der Kreistag seinerzeit entschieden hat, dass dieser TOP als ständiger TOP behandelt werden soll und die Entscheidung, dass Frau Brettschneider berichtet, die Verwaltung getroffen hat. Herr Jansen regt an, das Thema in der nächsten Ausschusssitzung ausführlich zu diskutieren. Er bittet Herrn Gärtner, eine entsprechende Vorlage vorzubereiten.

Herr Wolny teilt mit, dass bereits viele Fragen über die Bürgerberatungsstelle geklärt werden konnten. Bei den Bürgern herrscht aber immer wieder Unverständnis darüber, warum es von der Antragstellung bis zur Umsetzung der Baumaßnahme so lange dauert.

Des Weiteren berichtet er über die Übertragung von Ansprüchen an Privatfirmen. Eine Firma, die schallschutzmäßig ausbaut, sammelt entsprechend Aufträge und rechnet sie direkt mit der FBB ab. Er hat sich davon überzeugen können, dass es in einigen Fällen sogar von Vorteil sein kann.

Herr Wolny erinnert erneut an die Einladung des Umlandbeauftragten, Herrn Ralf Kunkel.
Herr Gärtner merkt dazu an, dass Herr Kunkel heute nicht kommen konnte, aber zugesagt hat, an der nächsten Sitzung des AfRB teilzunehmen, um sich und die schon zuvor erwähnte Schallschutzfibel vorzustellen.

TOP 9
Verschiedenes

Zum Tagesordnungspunkt erfolgen keine Wortmeldungen.

Herr Jansen bedankt sich bei allen Anwesenden für ihr Kommen und wünscht einen guten Nachhauseweg. Die Sitzung endet 18:15 Uhr.

Luckenwalde, den 25. Mai 2016

Winand Jansen	Michaela Teubner
Vorsitzender	Schriftführerin